

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Brey. Druck von E. M. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mühlstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Arbeit und Kapital.

IV.

Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage.

Den Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage nach Marx und Pfennigen genau zu erfassen, dafür fehlen uns die sicheren sachlichen Maßstäbe. Unser Wirtschaftsorganismus ist zu kompliziert, als daß es möglich wäre, die Grenzen über Arbeitslohn und Kapitalgewinn immer genau abzustecken. Kapital tritt nämlich nicht für sich allein, als Persönlichkeit, sondern immer nur in Beziehung zu einem Besitzer auf, und in sehr vielen Fällen ist der Besitzer gleichzeitig als Produzent in der Warenproduktion tätig. Der Handwerksmeister zum Beispiel, der mehrere Gesellen beschäftigt, selbst aber auch im Betriebe irgendwie mitarbeitet, ist zugleich Unternehmer und Arbeiter. Als Besitzer der Werkstatt, der Maschinen und Werkzeuge, als Käufer von Rohmaterialien und der Ware Arbeitskraft ist er Kapitalist und Unternehmer. Indem er Aufträge hereinholt, die Arbeit verteilt, beaufsichtigt, die Ware verkauft usw., ist er Produzent. Als solcher hat er ganz selbstverständlich Anspruch auf einen Teil des Ertrags, den seine und seiner Gesellen Arbeit einbringt. Diese bekommen ihren ausbedungenen Lohn, den Rest steckt der Meister ein. Wie groß dieser in jedem Falle ist, weiß man nicht, und wenn man die Größe feststellen könnte, ließe sich immer noch nicht sagen: soviel davon ist Arbeitslohn und soviel ist Kapitalgewinn! Man kann nicht feststellen, welchen Wert die Tätigkeit des Meisters für die Gesamtarbeit hatte. Die Ansichten darüber, ob die Arbeit vielleicht der Leistung von 1, 2 oder noch mehr Gesellen entspricht oder nicht, können da weit auseinandergehen, das ist Sache der subjektiven Auffassung. Wenn man aber konstatieren kann, daß der Meister sich um das Geschäft fast gar nicht kümmert, er z. B. ein Bureau unterhält, das die Aufträge hereinholt, er von Gesellen die Aufsicht und Leitung in der Werkstatt ausüben läßt, einen Geschäftsführer anstellt, der alle kaufmännischen Arbeiten erledigt, kurzum, der alles durch bezahlte Arbeitskräfte besorgt und doch einen Teil des Arbeitsertrags für sich behält, dann ist dieser Anteil zweifellos der vom Kapital absorbierte; der Meister steckt ihn als Unternehmer ein. Auf diesem Wege ist es sehr schwierig, ein klares Urteil zu gewinnen. Besser zum Ziele gelangt man bei einer Betrachtung der Unternehmungsform, wo das Kapital nicht mit dem formellen Unternehmer verbunden ist, wo es gewissermaßen entpersönlicht auftritt.

In dem vorstehenden Beispiel finden wir das Unternehmerkapital vereinigt mit dem Betriebsleiter. Solche Verbindung besteht nicht in den sogenannten Gesellschaftsunternehmungen: Aktiengesellschaften, G. m. b. H., Kommanditgesellschaften, Bergbau-Gesellschaften usw. Jeder Besitzer von größeren Geldsummen kann Teilhaber bei solchen Gesellschaftsunternehmungen werden; er hat nur nötig, Anteile zu kaufen. Sagen wir: eine Aktiengesellschaft arbeitet mit einem Kapital von 10 Millionen Mark. Diese Summe ist in 10 000 Teile à 1 000 Mark zerlegt. Wer einen Anteil (Aktie) für 1 000 Mark kauft, ist Teilhaber an dem Gesamtunternehmen. Weiter nichts! Mit der Leitung der Produktion usw. hat er gar nichts zu tun; er könnte sich oft auch gar nicht darum kümmern. Mancher Kapitalist ist als Aktionär an Dutzenden von Unternehmungen beteiligt, die in der ganzen Welt zerstreut sind. Der Kapitalist hat sein Geld in den Betrieb hineingesteckt; darin erschöpft sich seine ganze Tätigkeit, alles andre wird von bezahlten Kräften besorgt. Aber das Kapital, das heißt der Besitzer, beansprucht doch einen Teil des Ertrags der Arbeit, die in dem Unternehmen geleistet wird. Einen Teil dieses auf das Kapital entfallenden Anteils am Arbeitsertrage sehen wir sichtbar in die Erscheinung treten als Dividenden, die die Aktienbesitzer einstreichen. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, die Dividenden stellen den ganzen Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage dar. Das Kapital hat eine ganze Reihe von Kanälen, durch welche es sich Profite zutreiben läßt. Mancher der Kapitalisten, die Aktien von einem Unternehmen gekauft haben, beschaffen sich darin hoch bezahlte Posten als Direktoren, Aufsichtsräte usw., und diese Posten benutzen sie oft wieder dazu, um als Lieferanten von Rohmaterialien, Werkzeugen und Maschinen große Gewinne zu erzielen.

Vielfach kaufen die Unternehmer auch Kapital als Mittel, den Profit zu steigern. Anstatt das eigene Gesellschaftskapital zu erhöhen, werden Anleihen aufgenommen. Für diese müssen Zinsen bezahlt werden. Sagen wir 4 Prozent. Diese Zinsen erscheinen in dem Abschluß des Unternehmens wie andre Ausgaben, z. B. wie Löhne, Gehälter, Steuern und andre Kosten. In Wirklichkeit sind Zinsen Kapitalgewinn. Arbeiter ein Unternehmen mit vielleicht 4 Millionen Mark Aktienkapital und 2 Millionen Anleihen, erzielt einen Reingewinn von 420 000 Mark, dann macht das im Durchschnitt auf das ganze Kapital 7 Prozent aus. Für die 2 Millionen Mark Anleihen werden aber nur 4 Prozent, gleich 80 000 Mark, bezahlt. Für die 4 Mil-

tionen Aktienkapital verbleiben noch 340 000 Mark, gleich 8,5 Prozent. Wie das Beispiel den Anleihen zeigt, ist Kapital auch eine Ware, die gekauft wird. Ihr Preis ist wie der jeder andern Ware von verschiedenen Umständen abhängig. Je größer die Warenproduktion, um so stärker der Begeh nach Leihgeld und mit dem wachsenden Begeh steigt auch der Preis, das heißt die Zinsrate. In Perioden der Krise ist sie niedrig, sie steigt während der Hochkonjunktur auf das Doppelte der Krisenrate. Der Barometer, an dem man den Preis für Leihgeld ablesen kann, ist der Reichsbankdiskont. Je nach dem Stande des Geldmarktes schwankt er zwischen 3 bis 7 Prozent.

Für den Kapitalisten hat die Warenproduktion lediglich den Zweck, großen Profit zu erzielen, das heißt, vom Arbeitsertrage einen möglichst großen Teil in seine Taschen fließen zu lassen. Der Unternehmer kann aber den Preis seiner Waren nicht willkürlich bestimmen, er muß sich nach den Verhältnissen am Weltmarkt richten. Einen wesentlichen Faktor für die Größe des Kapitalgewinnes bilden die sogenannten Selbstkosten. Diese sind abhängig einmal von den eigentlichen Anlagelasten, den Preisen für das einzukaufende Rohmaterial, und zweitens von den Arbeitskosten. Auf die letzteren kommt es hier hauptsächlich an. Sie zerfallen in sachliche und persönliche Kosten. Die sachlichen sind bedingt von der technischen Anlage. Bei alten Maschinen und altem Produktionsverfahren sind sie naturgemäß hoch. Der Unternehmer, der wegen Mangels an Kapital nach der alten Methode arbeiten muß, wird hinter dem Konkurrenten, der die neueste Technik bei der Warenherstellung anwendet, immer zurückbleiben. Beide aber sind einig in dem Bestreben, die andern Arbeitskosten, den Lohn, möglichst niedrig zu halten. Nur tritt die Gegensätzlichkeit zwischen Kapital und Arbeit am fassenfälligen in die Erscheinung. Das ganz selbstverständliche und natürliche Bestreben der Arbeiter, die ja immer auf ihren Lohn als Mittel der Existenzsicherung angewiesen sind, geht dahin, diesen möglichst hoch zu gestalten. Das Verlangen nach hohem Lohn steht aber in Widerspruch mit der Tendenz des Kapitals. Dieses versucht, diesen Teil der Selbstkosten möglichst niedrig zu halten, um den Zins, den der Unternehmer einsteckt, zu erhöhen. Da das Kapital die Produktionsmittel beherrscht, die Arbeiter von diesem abhängig sind, ist der Unternehmer bei Austragung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit der stärkere Teil. Das um so mehr, als durch die kapitalistische Produktionsweise die Ware Arbeitskraft periodisch stark entwertet wird.

Im Rahmen der nichtkapitalistischen Erzeugung von Lebensgütern ist teilweise wohl mehr noch als heute auf Vorrat gearbeitet worden. Im Sommer suchte man für den Winter Lebensmittel zu beschaffen und aufzuspeichern, im Winter, unter dem schützenden Dache am Kamin, fertigte man Gebrauchsgegenstände und Werkzeuge, die im Sommer benutzt werden sollten. Solche Ueberproduktion, und mochte sie noch so groß sein, war aber niemals die Quelle von Leiden und Entbehrungen für die Produzenten. Im Gegenteil: waren so viel Güter aufgestapelt, als man glaubte für die in Betracht kommende Zeit nötig zu haben, dann konnten die Produzenten sich der willkommenen Muße und des ruhigen Genießens hingeben. Unter der Herrschaft des Kapitals ist das anders! Jetzt bedeutet der als Ueberproduktion bezeichnete Zustand für die Arbeiterschaft eine Zeit des Schreckens und der Not. Warum? Es sind genug Güter vorhanden, aber die Produzenten sind nicht in der Lage, sie einzutauschen. Ihr Lohn reicht nicht aus, die Menge der Waren zurückzukaufen, die sie produziert hatten. Der Anteil des Arbeitsertrags, den die Produzenten bekommen haben, war zu gering. Das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Konsum ging verloren. Die Produktivität der Arbeit wuchs schneller als die Konsumkraft. Das ist ein ganz naturnotwendiger Ausfluß der kapitalistischen Tendenz.

Die Sucht, die sachlichen Produktionskosten zu ermäßigen, führt zur Massenfabrikation. An Stelle von menschlichen Arbeitskräften läßt man eine Maschine arbeiten, die viele Arbeiter ersetzt. Die Produktivität des Arbeiters, der die Maschine bedient, ist um ein vielfaches gewachsen. Seine Konsumkraft wuchs aber nicht in demselben Verhältnis, weil nicht sein Lohn um soviel mal höher wird, als seine Produktivität zugenommen hat. Auch wenn man berücksichtigt, daß in der Maschine Arbeitskraft steckt, die ja auch entlohnt werden muß, und vielleicht auch infolge der gesteigerten Produktivität der Preis der Erzeugnisse sinkt, bleibt die Steigerung der Konsumkraft doch hinter der Warenvermehrung zurück. Der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage dient nur zu einem geringen Teil als Konsummittel für die Lebenshaltung. Der größte Teil wird als Kapital wieder in die Produktion gesteckt; neue Fabriken werden errichtet, die alten erweitert; ein Teil des Kapitals am Arbeitsertrage dient als Mittel zur Erweiterung der Produktion. Wohin das führt, dafür nur ein paar Beispiele: ein Drittel der vorhandenen Ziegeln könnte den tatsächlich vorhandenen Bedarf an Steinen decken;

die Hälfte der vorhandenen Zementwerke wäre in der Lage, den Konsum zu befriedigen. So haben wir fast in allen Industrien mehr Produktionsmittel, als notwendig sind, um dem Konsum zu genügen, und das Mißverhältnis zwischen Konsumkraft und Produktionsmitteln wird immer noch größer. Der Kapitalismus sucht sich nach Möglichkeit damit abzufinden, indem er die Erzeugung in ... rein mechanisch einschränkt. Zunächst schließen die Unternehmer als Produzenten sich zusammen und bestimmen dann, daß jeder von ihnen nur einen Teil seiner Produktionsleistung ausnutzen darf. Man beschließt Produktionseinschränkungen, die nach Prozenten der berechneten Leistungsmöglichkeit für jede Fabrik festgelegt werden. Der Zweck solcher Erzeugungseinschränkung ist der, das Angebot von Waren nicht über den Begeh hinauswachsen zu lassen. Auf diese Weise will man Preisherabsetzungen verhindern und den Profit sichern. Diese Praxis nennt man Marktregelung! In Wirklichkeit ist es nur eine Vertuschung des Widerpruchs zwischen Produktionsmöglichkeit und Konsumkraft. Die Absicht, mit dieser Art Regelung die Preisen zu verhindern oder auch nur zu mildern, wird zudem gar nicht mal erreicht, denn jede willkürliche Produktionseinschränkung ist ja der Ausdruck eines krisenhaften Zustandes. Jede Einschränkung bedeutet Verminderung der Arbeitsgelegenheit und der Konsumkraft, während die Erweiterung der Produktionsmittel wenig oder gar nicht abgeschwächt wird. So ist der Kapitalismus, obwohl er die Gütererzeugung auf ein erstaunlich hohes Maß gebracht hat, ein Feind der Arbeiterinteressen und er wird es immer mehr, und zwar in demselben Grade, wie das Mißverhältnis zwischen Produktionsmitteln und Konsumkraft wächst. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit muß das Verhalten der Arbeiter im wirtschaftlichen und politischen Kampfe bestimmen.

Wirtschaftliche Umschau.

Konkurrenzkampf in der Zementindustrie. — Baumaterialienausstellung. — Bessere Aussichten. — Logndruck. — Kampfstärke. — Günstigere Absatzverhältnisse für das Papiergewerbe. — Neubestimmungen, Dividenden. — Arbeiterforderungen.

Die allgemeine wirtschaftliche Depression, der Kampf im Baugewerbe und auch die Konkurrenzkämpfe innerhalb des Zementgewerbes haben natürlich in gewisser Beziehung diesen Industriezweig ungünstig beeinflusst. Der Konkurrenzkampf hat aber auch seine gute Seite. Die durch die Verbände über den produktions-technisch notwendigen Satz weit hinausgetriebenen Preise bildeten ein Hindernis für weitere Ausbreitung des Zementverbrauchs. Billige Preise sind da das beste Propagandamittel. Welche Perspektiven sich dem Zementgewerbe noch eröffnen, dafür liefert die Baumaterialienausstellung in Baumhulenwerk bei Berlin einen sehr instruktiven Anschauungsunterricht. Zement in mannigfachen Verbindungen mit andern Erden ersetzt den Mauerstein, dient als Gerüstträger, verdrängt Kalksteine und Marmor, aus ihm formt man Treppentufen usw. Ueberall Zement! Die demontierten Verwendungsmöglichkeiten können als Beweis dafür angesehen werden, daß die jetzt infolge einer falligen Kartellpreispolitik vielfach brach liegenden Produktionskräfte sehr gut ausgenutzt werden könnten. Leider tritt nun schon wieder die Sucht hervor, die Preise, die etwas nachgelassen hatten, erneut hinaufzusetzen. Im März kostete der Sack (170 Kilogr.) 4,50 Mk., im April schon wieder 5 Mk. und im Mai mußten in unbedeutenden Gebieten sogar bis 5,50 Mk. gezahlt werden. Wie mit der verbesserten Lage, die sich in der letzten Zeit bemerkbar macht, auch gleich wieder die Dividendengier stark wird, lehren Vorgänge bei dem Rheinischen Portland-Zementwerk in Köln. Im dem vor vielmals 6 Wochen verfaßten Geschäftsbericht liest man: „Im Hinblick auf die ungünstige Gestaltung der Aussichten für das laufende Geschäftsjahr und die noch ungeläute Lage des Zementmarktes lassen die Verhältnisse des Wertes die Rückstellung des Reingewinns auch im Interesse der Aktionäre für opportun erscheinen.“ In der in vergangener Woche abgehaltenen Generalversammlung schlug trotzdem der Aufsichtsrat vor, eine Dividende von 4 Prozent zu verteilen. Demnach müßten sich in den letzten Wochen die Aussichten wesentlich verbessert haben. Im Außenhandel tritt die Besserung schon ziffermäßig in die Erscheinung. Es betrug nämlich die Ein- und Ausfuhr an Portlandzement in Doppeltcentnern:

Einfuhr		Ausfuhr		mithin Ausfuhr- Ueberschuß	
1909	1910	1909	1910	1909	1910
257 239	217 603	548 087	652 180	260 848	434 577
Januar—Mai					
197 460	926 754	2 057 516	2 518 831	1 260 056	1 721 371

Im laufenden Jahre ist der Ausfuhrüberschuß erheblich gestiegen. Es zeigt sich, daß die deutsche Zementindustrie trotz der viel bejammerten belgischen Konkurrenz in wachsendem Maße wettbewerbsfähig ist. Das würde in weit viel größerem Umfange der Fall sein, wenn nicht die schon erwähnte fallige Preispolitik das ganze Gewerbe auf ungesunde Bahnen gedrängt hätte. Die künstlich hinaufgeschraubten Preise reizten zu immer neuen Anlagen, gleichzeitig wirkte der hohe Preis hemmend auf die Verwendung des Materials, so daß heute manche Werke nur mit der Hälfte ihrer Produktionsfähigkeit beschäftigt sind. Die Erkenntnis von der Schädlichkeit der gekennzeichneten Politik kommt nun auch in einer Reihe Geschäftsbereiche zum Ausdruck. So klagen die Zürcher Portland-Zementwerke, daß auch im Jahre 1909 es dem Syndikat nicht gelang sei, eine einigermaßen befriedigende Beschäftigung seiner Werke herbeizuführen. Der Absatz sei von 55 Prozent der Beteiligung im Jahre vorher auf 47 Prozent im Berichtsjahre zurückgegangen. Die mit Wirkung ab 1. Juni 1910 eingetretene Preisherabsetzung habe bereits eine

Für Arbeit an Sonn- und Feiertagen, sowie für Nachtarbeit wird 50 % Aufschlag bezahlt.

4. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Freitags, ist dieser ein Feiertag, dann erfolgt die Lohnzahlung am vorhergehenden Werktag.

5. Alle Angestellten erhalten nach 2jähriger Beschäftigungsbauer eine Woche Ferien. Für die Ferienwoche wird der Lohn im voraus bezahlt. Die Ferien sollen in die Zeit vom 1. Mai bis 30. September fallen.

6. Bei Neueinstellung von Arbeitern wird der Arbeitsnachweis des Fabrikarbeiter-Verbandes, Gau Dresden, benutzt.

7. Die Kündigungsfrist ist eine vierzehntägige. Dies trifft auch für alle Hilfsarbeiter zu, die länger als 6 Wochen beschäftigt werden.

Zu Passus 6 wollen wir noch bemerken, daß wir Gefühle einzelner Personen, die sich um Arbeit bemühen, in Zukunft nicht mehr berücksichtigen können. Der Grund liegt in der großen Anzahl der Bewerber der geringen Nachfrage gegenüber der Zahl der Bewerber und weiter, weil uns nicht alle Bewerber bekannt sein können. In Zukunft berücksichtigen wir nur noch Arbeitsgesuche, die uns von Hilfsstellen unseres Verbandes oder von anderen Korporationen der Arbeiterbewegung übermittelt werden. Auch hier ist Forderung, daß die Bewerber Mitglieder eines Konsumvereins sind. Hiernit sehen wir alle Anfragen und Zuschriften, die wir in letzter Zeit in dieser Angelegenheit erhielten, als erledigt an.

Fabrikarbeiter-Verband, Gau Dresden.

Was im Karborundumwerk in Reisholz alles unmöglich ist.

Bereits vor 8 Wochen mußten wir uns mit den Karborundumwerken in Reisholz beschäftigen; leider mit sehr wenig Erfolg. Es gab große Empörung im Bureau, aber geändert wurde beinahe nichts. Von den Arbeitern wurde deshalb versucht, auf andern Wege etwas zu erreichen: der Gauleiter wurde beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden. Dies geschah auch. Der Gauleiter wurde zwar empfangen, aber der Erfolg war gleich Null. Der Herr Direktor hatte auf alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter immer nur eine Antwort: „Unmöglich!“ Jedem Satz des Gauleiters setzte der Herr aus Amerika sein stereotypes „Unmöglich!“ entgegen. Da also auch auf diesem Wege nichts zu erreichen war, so sehen wir uns genötigt, die Verhältnisse bei dieser amerikanischen Firma etwas näher zu beleuchten. Die Arbeitsbedingungen haben sich unter der jetzigen Leitung des Werkes gegen früher arg verschlechtert. Früher wurde ein Anfangslohn von 45 Pfg. pro Stunde bezahlt, der binnen 6 Monaten auf 50 und 52 Pfg. stieg, jetzt werden nur 44 Pfg. bezahlt. Die Arbeitszeit betrug 9 1/2 Stunden pro Tag, es wurden aber 10 Stunden bezahlt, jetzt müssen für dasselbe Geld die 10 Stunden voll gearbeitet werden. Die Arbeiter wünschen die Wiederherstellung der alten Verhältnisse, die erst seit kurzer Zeit verdrängt sind. Der Herr Direktor erklärt diesen Wunsch für „unmöglich“. Die Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses und den Abschluß eines Tarifs hält der Herr ebenfalls für „unmöglich“. Einige der Mißstände, deren Beseitigung „unmöglich“ ist, mögen hier kurz geschildert werden, damit jeder Arbeiter, der event. gewillt wäre, dort zu arbeiten, vorher gewarnt wird. Die Karborundumwerke erzeugen Schleifmaterialien, die aus den verschiedensten Bestandteilen zusammengesetzt werden: Karborundum, gemahlener Schwefel, pulverisierter Salinit, Sand, Holzschlamm, Schwerspath und Kautschuk, in Schwefelsäure gelöstes Eisenpulver usw. werden zusammengemischt und in Formen gepreßt. Hierdurch entsteht nicht nur riesiger Staub, sondern auch Säuredämpfe, wodurch, da Ventilation im Betriebe jedenfalls auch „unmöglich“ ist, die Arbeiter sehr belästigt werden. Im Mißraum bekommen die Arbeiter, jedenfalls durch die Säuredämpfe, bei der Arbeit Nasenbluten. Daß durch das Abdrehen der Steine sehr viel Staub entsteht, muß, ist sehr leicht begreiflich, weniger zu verstehen ist es aber, daß dem Gewerkeinspektor das Fehlen jeder Ventilation noch nicht aufgefallen ist. Auch das scheint der Aufsichtsbehörde noch nicht aufgefallen zu sein, daß die beiden Brennöfen, die mitten im Betriebe stehen, derartig defect sind, daß die Arbeiter schon lange ein Plagen derselben bestreiten. Durch die vielen Risse und Sprünge in den Defen ziehen die ganzen Schwaden in den Arbeitsraum, und da keinerlei Abzug dafür in der ganzen Fabrik vorhanden ist, die Fenster aber auch nicht geöffnet werden dürfen, so müssen die Arbeiter den ganzen Staub und Dunst, beim Anfeuern auch noch den Qualm zum Schaden ihrer Gesundheit einatmen. Früher wurde jeden Monat nur einmal gebrannt, jetzt dreimal im Monat. Die Folge ist, daß die Brennöfen nicht austreten, die Arbeiter also in die heißen Defen hinein müssen. Es ist vorgekommen, daß einem Arbeiter dabei die Haare verbrannt sind, so heiß war der Ofen noch beim Austräumen. Derartige Mißstände abzuwickeln, ist aber nach Meinung des Herrn Direktors „unmöglich“. Ein weiterer Mißstand ist, daß im Betriebe keine riesige Schweinerei herrscht. Nicht nur, daß die Waischbeden vor Schmutz starrten und die Aborte oft nicht zu gebrauchen sind, es kommen auch noch andere schlimme Sachen vor. Die Arbeiter erzählen, daß der Vorarbeiter Weber des Montags sehr oft nach der Fabrik kommt, ohne daß er „richtig ausgeglichen“ hat, und da ist es denn verschiedene Male vorgekommen, daß er den Inhalt seines Magens in den Sand entleerte, den die Arbeiter später verarbeiten mußten. Noch besser macht es der Brenneisen-Cool, der ebenfalls aus Amerika importiert ist. Dieser Herr wurde von den Arbeitern schon mehrmals dabei abgefaßt, daß er in den Sand, den die Arbeiter mit den Händen verarbeiten müssen, urinirt hat. Derartige Schweinereien abzuwickeln, ist aber „unmöglich“.

In demselben Raum, in dem die Ware vor dem Brennen getrocknet wird, müssen sich die Arbeiter ihr Mittagessen wärmen. Es befinden sich darin 16 Heizkörper und auf diese stellen die Arbeiter ihre „Sentemänner“. Sehr oft kommt es dann aber vor, daß diese herunterfallen, und der Arbeiter ist dadurch gezwungen, zu fasten. Beim Trocknen der Schleifschleiben verpufft eine Menge Säure. Ist nun das Eßgeschirr nicht dicht verschlossen, so dringt die Säure hinein und vergiftet das Essen. Das kommt leider recht häufig vor. Ein Arbeiter war längere Zeit krank und mußte feiern, weil er das vergiftete Essen zu sich nahm. Auf diese Art muß der einzelne Arbeiter alle Tage damit rechnen, daß er sich zwar Essen mitgebracht hat, daß er es aber im Dreck wiederfindet oder daß er es selber vergiften muß, weil es verdorben ist. Wenn er aber nicht gänzlich auf warmes Mittagessen verzichten will, dann muß er dieses Risiko immer wieder auf sich nehmen, denn eine andere Gelegenheit zum Essenwärmen ist nicht vorhanden und eine Veränderung zu treffen, ist eben „unmöglich“.

Die Arbeiter bitten um Abschaffung der Mißstände — das ist „unmöglich“. Sie wünschen die Wiederherstellung der alten Arbeitsverhältnisse — „unmöglich“. Sie wünschen die Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses — „unmöglich“. Sie verlangen einen Aufschlag für die Lebenskosten — „unmöglich“. Sie wünschen eine Regelung durch Tarifvertrag — „unmöglich“. Alles, was die Arbeiter für notwendig halten, ist — „unmöglich“. Der Herr Direktor scheint bisher nur dieses eine Wort der deutschen Sprache gelernt zu haben, denn jede, auch die kleinste Verbesserung ist nach ihm „unmöglich“. Eine Probe hat er allerdings außerdem noch sehr gut lapiert: „Wenn die Arbeiter bessere Arbeit finden, dann sollen sie nur gehen.“ Dies waren die einzigen Antworten, die der Herr Direktor auf alle Wünsche „seiner“ Arbeiter übrig hatte.

Die Arbeiter der Karborundumwerke müssen dem Herrn „Direktor Unmöglich“ beweisen, daß es nicht „unmöglich“ ist, bessere Verhältnisse im Betriebe zu schaffen. Dieser Standpunkt der Direktion muß für die Arbeiter ein Ansporn dazu sein, daß sie nunmehr auch noch den letzten Marx im Betriebe dem Fabrikarbeiterverband zuführen, damit wir den Herrn durch unsere Einigkeit zwingen, daß er das Wort „unmöglich“ aus seinem Sprachschatz streicht. Es muß möglich sein, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wenn wir nur einig sind.

Die Arbeiter von Düsseldorf werden erlucht, da es nicht ausgefallen ist, daß es in den Karborundumwerken zum Kampf kommt, diesen Betrieb zu meiden.

Zum Verbandstag.

Für die Finanzreform-Vorschläge, die bis jetzt gemacht worden sind, kann ich mich nicht erwidern. Ich möchte von einer Erhöhung der Beiträge abraten, weil uns dieses die Agitation ungemein erschweren würde. Es läßt sich ein Weg finden, wodurch wir unsere Finanzen heben können, ohne die Beiträge zu erhöhen. Die Erwerbslosenunterstützung muß geändert werden. Wenn heute ein Mitglied dem Verbands 52 Wochen angehört und seine Beiträge entrichtet hat, kann es 24 M. Erwerbslosenunterstützung herausholen. Hat es wieder 52 Wochenbeiträge bezahlt, so kann es wieder Unterstützung beziehen, aber dieses mal nicht nur 24 M., sondern 46,20 M. Es hat also in den zwei Jahren 41,60 M. eingezahlt und kann dafür 70,20 M. herausholen. So steigt die Summe von Jahr zu Jahr bis zu einem Höchstbeitrag von 63 M., welchen man nach sechsjähriger Mitgliedschaft erreicht hat. Also 20,80 M. werden eingezahlt und 63 M. Unterstützung herausgeholt. Hier beträgt die Mißausgabe gegenüber der Einnahme jährlich 42,20 M. Diejenigen Kollegen, welche in der glücklichen Lage sind, 50 Pfg. Wochenbeitrag zu zahlen, sind noch bedeutend besser dran. Hier steigt die Unterstützungssumme bis zum Höchstbeitrag von 120 M., die man nach achtjähriger Mitgliedschaft erreichen kann. Diesen Betrag von 120 M. kann man jedes Jahr herausholen, wenn man 52 Wochenbeiträge à 50 Pfg. entrichtet hat und Erwerbslosigkeit nachweisen kann. Kollegen, wohin soll das führen, wenn man jährlich 26 M. einzahlt und dafür 120 M. Unterstützung beziehen kann? Nun kann man ja einwenden, daß nicht jeder Kollege die Kasse in dem hier geschilderten Maße ausnützt. Nach meiner Erfahrung ist ein großer Teil Kollegen immer erwerbslos, sofern sie den letzten Wochenbeitrag entrichtet haben und bezugsberechtigt sind. Darum muß das ganze Erwerbslosenunterstützungswesen anders geregelt werden. Ich würde vorschlagen, hier gründliche Arbeit zu machen und es so zu regeln, daß keiner mehr herausziehen kann, als er eingekauert hat. An folgendem Beispiel möchte ich meinen Plan veranschaulichen: Mitglieder können an Erwerbslosenunterstützung erhalten: nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen: 52x40=20,80 M. Da aber diese Summe etwas zu gering ist, können wir zu diesem Betrag einen kleinen Zuschuß von 3,20 M. gewähren, so daß die Unterstützungssumme nach einem Jahr 24 M. beträgt. Nach einer Mitgliedschaft von 104 Wochen kann bezogen werden: 104x40=41,60 M. Weil aber auch diese Summe nicht besonders hoch ist, können wir auch hier einen Zuschuß von 5,20 M. gewähren. Die Unterstützungssumme entspricht dann der heutigen, die man nach zweijähriger Mitgliedschaft erhält. Gehört ein Mitglied drei Jahre unserem Verbands an, so könnte es an Erwerbslosenunterstützung erhalten: 156x40=62,40 M., und wer 520 Marken a 40 Pfg. geleistet hat, könnte dann 520x40=216 M. beziehen. Mit dieser Summe könnte sich ein Mitglied schon ohne Zuschuß eine Heilung über Wasser halten. Die Summe von 216 M. müßte aber die höchste sein, die überhaupt bezogen werden kann. Sie läme natürlich nur dann zur Auszahlung, wenn der Betreffende innerhalb zehn Jahren keine Erwerbslosenunterstützung bezogen hat; bei den andern Summen wäre es ebenso. Der höhere Betrag kann immer nur dann beantragt werden, wenn vorher überhaupt keine Erwerbslosenunterstützung bezogen worden ist. Hat aber ein Mitglied den Betrag einer ihm zustehenden Klasse voll herausgeholt, so kann es erst wieder Unterstützung beziehen, wenn es 52 Wochenbeiträge geleistet hat. Es hat aber keinen Anspruch auf eine folgende höhere Klasse, sondern beginnt wieder mit der untersten, also 24 M. Die Erwerbslosenunterstützung der 50-Pfg.-Beitragszahler müßte ebenso berechnet werden. Auch wäre ich dafür, daß diese nur nach dem ersten Jahre einen Zuschuß von 3,20 M. erhalten. Nachdem sie zwei Jahre Mitglied gewesen sind, können sie schon eine Unterstützung von 52 M. beziehen. Ich glaube nun, daß jeder Kollege meine Meinung verstehen und akzeptieren wird. Das ganze müßte nun noch auf die entsprechenden Tage oder Wochen berechnet werden, während welcher die Unterstützung gezahlt werden müßte. Ich überlasse aber, falls mein Vorschlag Anlaß finden sollte, diese Arbeit dem Vorstand resp. dem Verbandstag. Hoffentlich haben die Kollegen mehr Zeit dazu, wie ich in meinen paar Stunden nach Feierabend. Eine gerechtere Unterstützungsverteilung kann ich mir nicht denken. Sie entspricht dem Saisonarbeiter, dem oft erwerbslos Gewordenen und dem Gläubigen, welcher selten erwerbslos wird. Jeder erhält, was er sich erspart hat. Wenn wir diese von mir vorgeschlagene Erwerbslosenunterstützung einführen würden, könnten wir für unsere Verbandskasse mehr erbringen, als wenn wir den Beitrag um 10 Pfg. erhöhen. Wenn wir Staffelleistungen einführen, so müßten wir auch dementsprechend die Unterstützungen erhöhen; wir würden also auf demselben Punkte stehen bleiben, ohne die Verbandskasse dadurch gestärkt zu haben. Außer der Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung wäre es sehr zweckmäßig, wenn wir das Umzugs- und Sterbegeld nach einjähriger Mitgliedschaft unter den jetzt bestehenden Sätzen gewährten. Diesbezügliche Anträge werden von untrer Bahlfeste rechtzeitig eintreffen.

Der vor Kurzem stattgehabte gemeinschaftliche Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat die Verschmelzung beider Verbände beschloffen, um damit die Grundlage zu einem Verbands aller in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter zu schaffen. Bei Festlegung des Agitationsgebietes wurde, soweit es die Mühlenarbeiter betrifft, ins Statut aufgenommen: „Zur Aufnahme berechtigt sind alle in Mühlenbetrieben aller Art beschäftigten Arbeiter.“

Damit ist erklärt, daß die Mühlenarbeiter nicht nur in Getreidemühlen, für welche sie nur ausschließlich zuständig sind, agitieren wollen, sondern ihre Agitation auch in Delfabriken, Farbmahlen, Thomasschlackenmahlen usw., also in Betrieben, welche von jeder untrer Agitationsgebiet sind, ihre Agitation verlegen wollen. Und diese Erklärung geschah unter Zustimmung des Vertreters der Generalkommission, zum wenigsten ist Einspruch dagegen vom Genossen Sassenbach nicht erhoben worden. Was auf dem Verbandstage der Brauerei- und Mühlenarbeiter vom Vertreter der Generalkommission unterlassen ist, wird jetzt unser Verbandstag in Halle tun müssen. Der Verbandstag wird rund heraus erklären müssen, daß, wenn von uns verlangt wird — und das mit Recht —, daß wir den Beständen anderer Organisationen respektieren sollen, andere Organisationen auch unsern Beständen zu respektieren haben. Wir dürfen unter keinen Umständen die Angelegenheit ruhig hingehen lassen, denn hier heißt es:

Widerstehe dem Anfang!
Lewin - Hannover.

Eine Beitragserhöhung um 10 Pfg. ist untrer Erachtens nicht durchführbar, ja sogar, wenn der Beitrag um nur 5 Pfg. erhöht würde, würden wir in Göttingen einen kolossalen Rückgang der Mitgliedszahl haben. Göttingen zählte im Januar d. J. 91 Mitglieder und ist jetzt auf 270 gestiegen; es wäre doch schade, wenn uns nach den vielen Mühen die meisten neuen Mitglieder durch die Beitragserhöhung wieder verloren gingen. Es kommt uns vor, als wenn die Kollegen Adler-Altenburg und Bodenpfein-Weizsig die Fühlung mit den Arbeitern teilweise verloren hätten, sonst würden sie nicht so lebhaft für eine Beitragserhöhung schwärmen. Hier in Göttingen verdienen ungelernete Arbeiter im Durchschnitt 3 M. bis 3,50 M. Bei diesem fargen Lohn fällt es einem Familienvater schwer, wenn er mit den paar Mark jede Woche 40 Pfg. mit Volalbeitrag 45 Pfg. für den Verband zahlen muß. Die Zahlreiche Göttingen hat in der letzten Monatsversammlung sich dahin geäußert, daß wir unter keinen Umständen für eine Beitragserhöhung zu haben sind, dagegen geht untrer Ansicht dahin, daß in der Staffellung zwischen dem ersten und zweiten Jahre der Saisierung ein zu großer ist; hier sollte im ersten Jahre statt 24 Tage 30, im zweiten Jahre 36 und im dritten Jahre 42 Tage Unterstützung gewährt werden. Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß der zweite und dritte Satz pro Tag mit 1,10 M. bestehen bleibt; auch wäre es angebracht, wenn die Karenzeit von sieben auf drei Tage reduziert würde. Wir möchten noch besonders darauf aufmerksam machen, daß bei den weiblichen Mitgliedern unter keinen Umständen

eine Beitragserhöhung stattfinden darf; denn die vielen Mädchen und Frauen, welche wir in den letzten zwei Monaten für den Verband gewonnen haben, gingen uns dann wieder verloren.

J. U. : J. G.

Die Diskussion zum diesjährigen Verbandstag dreht sich in der Hauptsache um die vom Vorstand noch nicht beantragte Beitragserhöhung. Es scheint, als ob in untrer Organisation nichts weiter als die Beitragsregelung zu erbleiben sei. Und doch haben gerade unsere Mitglieder ihr Augenmerk auf Angelegenheiten zu richten, die andern Organisationen nur nebensächlich erscheinen, die bei uns aber schließlich als Lebensadern zu betrachten sind. Es sind dies die Abgrenzungslinien des Verbandes und die Grenzfreiheiten. Wo hört untrer Gehege auf — wo fängt es an? Kollege Bruns hat schon auf die Bauarbeiter in untrer Organisation hingewiesen und sie als die Urheber untrer Beitragsmühen bezeichnet. Die Ziegelarbeiter sind als Saisonarbeiter und infolge ihrer Abhängigkeit von der Saisonkonjunktur erstere gleich zu erachten. Die Stimmen zur Abstufung dieser Berufsgruppen mehren sich, und das mit Recht. Andererseits gibt es viele Berufswege, die unzwiefelhaft zu uns gehören, die aber andre Verbände mehr und mehr für sich reklamieren. Wer hat sich um die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kalkfabriken, Zementfabriken, Konserben-, Suppenwurzeln- und Margarinefabriken gekümmert? Doch nur der Fabrikarbeiter-Verband. Nach dem Zusammenschluß der Verbände der Bäcker und Konditoren wurden dort auch Hilfsarbeiter aufgenommen und die von uns mit großer Mühe und hohen Kosten in den Kalk- und Zementfabriken organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen beansprucht. Wir begreifen den Entwicklungsgang und greinen nicht in sentimentaler Gefühlsaufwallung darüber. Es sei aber an dieser Stelle einmal ausgesprochen, daß viele Tausende Mitglieder von uns organisiert, dann von andern Organisationen aufgefogen wurden. Dies uns zulehrenden Industrien (Papier- und Gemische) bringen immer ... vor und erschließen bisher unberührte Gebiete. Die Arbeiter, zum wenigsten soweit sie organisiert sind, erfahren durch Wort und Schrift die Rückständigkeit dieser Industrien in bezug auf Bezahlung und hygienische Einrichtungen. Die hohe Unfall- und Berufsgefahr tut ein übriges, und die Arbeiter wandern ab in die Metall-, Holz- und andre Industrien. Die Pionierarbeit haben wir geleistet, das Klassenbewußtsein angeregt; als Mitglieder aber finden wir diese Arbeiter in andern Organisationen wieder, — untrer Arbeit geht in den rückständigsten Gegenden von neuem an.

Jetzt macht sich eine Bewegung bemerkbar, die unsern Mitgliederbestand trotz untrer intensiven Tätigkeit und untrer Erfolge zu dezimieren droht. Die Papierarbeiter hat ja meines Wissens noch keine Organisation für sich reklamiert. (Doch! D. Red.) Aber in den Tapetenfabriken wollen die Lithographen zuständig sein, weil neben vielen ungelerneten Arbeitern auch einige Formstecher usw. tätig sind. Die chemische Industrie, untrer ausschließliche Domäne, wird uns auch schon streitig gemacht. Die Konzentration des Kapitals bedingt die immer intensivere Ausnutzung der Abfallprodukte und macht deren Weiterverarbeitung in eigenen Betrieben vorteilhaft. Daher kommt es, daß z. B. Kohlenzechen nicht nur Kokerien, sondern auch Hüttenwerke und Gemische Fabriken errichten. In diesen chemischen Fabriken reklamieren die Bergarbeiter die Arbeiter für ihre Organisation, ebenso wie sie auch im Staßfurter Kalbau die über Tage arbeitenden Fabrikarbeiter für sich haben möchten, trotzdem untrer Organisation sich dort schon historisches Recht erworben hat. Diese Stellungnahme der Bergarbeiter erklärt sich meiner Ansicht nach nur aus der zu großen Nachgiebigkeit des Hauptvorstands. Bei der Fähigkeit, mit der der Metallarbeiterverband sein Zuständigkeitsgebiet wagt, wagen es die Bergarbeiter nicht, die in den Hüttenwerken und der sonstigen mit den Zechen verbundenen Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter für sich zu reklamieren. Die Metallarbeiter tun, was notwendig ist, mag unser Vorstand ihrer Fährte folgen.

Der Zusammenschluß aller in der Nahrungsmittelbranche tätigen Arbeiter nimmt immer mehr greifbare Formen an. Wo bleiben da unsere Mitglieder in den Margarinefabriken, den Zuckerraffinerien und Raffinerien? Wohin gehören denn die Arbeiter der Delfabriken, Branntweinbrennereien, Preßhese- und Sytrifabriken? Sie alle dürfen wir organisieren und nun können wir gehen. Die Grenzen der Nahrungsmittel- und chemischen Industrie fließen heute schon ineinander über. Farben und Dele, die den verschiedensten Nahrungsmitteln Ansehen, Geschmack und Geruch verleihen, bilden heute schon den Ubergang. Und wenn es den Chemikern erst gelungen ist, künstliches Eiweiß herzustellen, dann wird sich die chemische Industrie direkt als Nahrungsmittelindustrie entwickeln.

Wenn auch die Frage der Verbandszugehörigkeit der chemischen Industriearbeiter noch nicht brennend ist, so könnte doch der Verbandstag schon einmal darüber reden. Kluge Leute beugen vor und schauen nicht erst nach Reitung aus, wenn ihnen das Wasser schon am Halbe steht. Mag die Entwicklung in der chemischen Industrie eine Richtung nehmen, wie sie will, die Arbeiter können nur in einer Organisation unterkunft finden, und das ist der Fabrikarbeiterverband. Der Verbandstag wird verdienstvolle Arbeit leisten, wenn er klar auspricht, daß Arbeiter der chemischen Industrie andern Organisationen nicht zuerkannt werden dürfen, und daß der Hauptvorstand den Anzeugsgefahren andrer Gewerkschaften den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen hat. Wir haben genau so gut wie andre Organisationen ein Recht darauf, untrer mühsame Agitationsarbeit durch eine große Organisation belohnt zu sehen. Die Interessen der bisher uns zulehrenden Arbeiter werden bei uns am besten gewahrt.

Gustav Haupt.

Richtigstellung. Kollege Derrmann-Mittenelle teilt mit, daß er in seiner Zuschrift zum Verbandstag („Proletarier“ Nr. 27) nicht gefordert hat, daß die Mitgliedsbücher mit Nummern versehen werden, sondern die Hilfskassiererbücher. Wir konstatieren das und nehmen damit die eingeklagte Bemerkung zurück. Die Redaktion.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in: **Nürnberg** (Papierfabrik, Kohlenstofffabrik), **Magdeburg** (Chem. Fabrik), **Pommersdorf bei Stettin** (Chemische Fabrik).

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Bübeck.** Am 22. Februar wurde eine Lohnforderung an den Besitzer der Chemischen Fabrik Ahrensbödt eingereicht. Bei einer Verhandlung wurde 1 Pfg. Lohnzulage pro Stunde zugesprochen; da die Organisation erst 2 1/2 Monate im dortigen Orte bestanden hatte, so wurde von einer weiteren Forderung Abstand genommen. In Betracht kamen hierbei 34 Arbeiter.

Eine weitere Lohnbewegung entstand in der Rumpfbücker-Fabrik Dänischburg. Dort legten 200 Arbeiter die Arbeit nieder. Durch Unterhandlungen zwischen der Verbandsleitung und der Direktion des Betriebes wurde eine Zulage von 3 Pfg. pro Stunde erreicht und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt. Der Alfordlohn blieb in seiner bisherigen Höhe bestehen.

Außerdem wurde noch eine Lohnbewegung in der Schwefelsäure-Fabrik in Dänischburg geführt. Die in Betracht kommenden 14 Kollegen erhielten eine Prämie von 5 M. pro Monat. Diese Prämie wurde ihnen durch einen im Betriebe neu angestellten Betriebsleiter verweigert. Um für diese Schädigung um einen Ersatz zu schaffen, wurde eine Lohnzulage von 30 Pfennigen pro Tag gefordert. Durch Verhandlungen mit der Verbandsleitung wurde folgendes erzielt:

Kammerwörter 4,30 M., bisher 4 M., pro Tag; Dienarbeiter, alte Fabrikanten, 4,50 M., bisher 4,35 M., pro Tag; Dienarbeiter, neue Fabrik, 4,40 M., bisher 4,10 M., pro Tag. Diese Lohnzulage wird auch auf die Sonntagsarbeiten zu den schon bestehenden 50 Pfennig Aufschlag gewährt.

— **Wüdershausen bei Schöndorf.** Die Arbeiter der Leigwarenfabrik Schule haben in einer Lohnbewegung. Die männlichen Arbeiter, welche sich im Laufe des Winters und Frühjahrs in

großer Zahl der Organisation angeschlossen haben, beschloffen anfangs Mai, eine Lohnforderung an die Firma einzureichen, um die überaus schlechten Löhne der Arbeiter etwas zu verbessern.

Eine Statistik über die Löhne der männlichen Arbeiter, welche wir anfangs März aufgenommen haben, bewies die Dringlichkeit einer Lohnaufbesserung, denn Stundentlöhne von 22 und 23 Pfennig für Arbeiter über 20 Jahre sind durchaus keine Seltenheit.

Die Arbeiter aber ersehen hier wieder, wie wenig heutzutage auch das christliche Unternehmertum darnach fragt, ob das bishigen Lohn zum Leben reicht oder nicht.

Pommerensdorf-Stettin. In der Fabrik chemischer Produkte in Pommerensdorf standen die Arbeiter und Handwerker mit der Direktion wegen Lohn- und Akkordbesserungen in Verhandlungen.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. In der „Gewerkschaftsstimme“ macht sich der christliche Gewerkschaftskampf breit und rührt sich in dem Streit bei Reich junior mitgewirkt zu haben.

Heilbronn. Seit Jahren stand die Arbeiterchaft in den hiesigen Konsumvereinen der Organisation ziemlich gleichgültig gegenüber, größtenteils deshalb, weil sie meinten, sie würde es auch ohne die Vereinigung fertig bekommen, ihre Verhältnisse zu verbessern.

In der Versammlung, die mit der Arbeiterchaft der Firma Kroy abgehalten wurde und die ziemlich überfüllt war, wurden 400 Mitglieder in den Verband genommen.

Am Montag, dem 27. Juni, fand wieder eine Versammlung für die gesamte Arbeiterchaft der Konsumvereine und Jugendvereine statt.

So zeigt sich also auch hier wieder, daß, wenn alle Faktoren im wirtschaftlichen Kampfe zusammenhalten, etwas erreicht werden kann.

Niedhe (Altmar). Vor längeren Jahren wurde hier eine Konfervenfabrik gebaut. Die hiesigen Arbeiterinnen, die bis dahin nur Beschäftigung in der Landwirtschaft fanden, hofften nun in der Fabrik bessere Löhne zu erzielen; alles stimmte zur Fabrik.

Reiz. Am 18. Juni fand in Reiz eine gut besuchte Generalversammlung statt, welche sich mit der Erhöhung des Lokalbeitrags für männliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. pro Woche befaßte.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien. Neben den Nachwirkungen der wirtschaftlichen Krise haben auch die politischen Wirren einen sehr nachteiligen Einfluß auf die spanischen Gewerkschaften ausgeübt.

Einige eingegangene Schriften. Das Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen (siebten) Kongresses der Gewerkschaften, abgehalten in Berlin am 25. und 26. April 1910, ist erschienen.

Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland. Von Paul Kampfmeyer. Von dieser Schrift gelangte jedoch die zweite völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage zur Ausgabe.

Die große Ausperrung und die Zukunft der Arbeiter. Von Dr. H. K. 65 Seiten 8°, Preis 50 Pf.). Unter diesem Titel ist im Verlag Kaden u. Ko., Dresden, eine Broschüre erschienen, die den denkwürdigen Kampf der deutschen Bauarbeiter, der einzig dastehende in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der Möglichkeiten und Aussichten der Gewerkschaftskämpfe in Deutschland macht.

Titel ist im Verlag Kaden u. Ko., Dresden, eine Broschüre erschienen, die den denkwürdigen Kampf der deutschen Bauarbeiter, der einzig dastehende in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der Möglichkeiten und Aussichten der Gewerkschaftskämpfe in Deutschland macht.

Resultat der Stichwahl.

- 2. Wahlkreis: H. Wagner, Braunschweig.
3. Karl Lücke, Magdeburg.
4. Fritz Tostmann, Hildesheim.
24. Herrn. Kaiser, Jena.
27. In diesem Wahlkreis ist bei der Hauptwahl nicht M. Römer, Würzen, sondern Mag. Krost, Marktandstädt gewählt.

Verbandsnachrichten.

Berichtigung.

In den Anträgen zum Verbandstag, Beilage Seite 2, zweite Spalte, heißt es: Elmshorn, Eschershausen, Hannover, Stuttgart und Schweinfurt. Die Beitragsklassen (40 und 50 Pf.) der männlichen Kollegen sind um 5 Pf. zu erhöhen.

Das ist infolgedessen falsch, als die drei erstgenannten Zahlstellen eine Erhöhung um 5 Pfennig in allen Beitragsklassen, also auch für weibliche Mitglieder vorzuschlagen.

Vom 28. Juni ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Proletarier 1,12. Freienwalde 301,34. Kl. Krogenburg 184,08.
Nossen 136,79. Torgau 72,99. Mutterstadt 69,35. Eßlingen 661,45.
Oppau 159,92. Neufahrn 117,14. Schönberg i. M. 20,32. Bonn 13,52.
Proletarier 56,09. Stettin 1600,—. Eißel 500,—. Gransfe 240,46.
Grimma 233,62. Magdeburg 156,98. Warin i. M. 113,76.
Marktredwitz 110,90. S. 10,—. Vorwärts,—50. Stuttgart 800,—.
Oblau 233,84. Peine 90,40. Neustadt a. b. Orla 89,76. Sackloß 31,98.
Arnsdorf 23,52. Waltershausen 4,—. Wöhrsteden 436,40.
Eiterwerda 201,94. Annaburg 200,30. Wlen 156,16. Oßernbau 111,44.
Grositz 96,62. Rheinsberg 27,28. Salbe 19,27. Ratel (Neße) 18,11.
G. 15,80.

Schluss: Sonnabend, 2. Juli, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1910 haben eingekandt: Torgau, Freienwalde, Bonn, Marktredwitz, Eßlingen, Gransfe, Kl. Krogenburg, Sackloß, Arnsdorf, Neustadt a. b. Orla, Oppau, Peine, Speier, Wlen a. E., Annaburg, Eilenburg, Grositz, Salbe, Ratel (Neße), Oßernbau, Rheinsberg.

Gau II. Sitz Frankfurt a. M. Die Konferenz findet am 4. und 5. September in Mainz im „Goldenen Pfing“ statt. Alles Nähere wird den Zahlstellen-Berichtungen durch Zirkular bekannt gemacht. R. Keller, Gauvorsitzender.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- Nr. 98424 für Max Romanowski, eingetreten am 25. September 1905 in Berlin.
Nr. 139625 für Michael Rückert, eingetreten am 3. Februar 1906 in Ludwigshafen.
Nr. 170648 für Eugen Holzwarth, eingetreten am 12. Juni 1906 in Stuttgart.
Mitgliedskarte 13505 für Philipp Michel, eingetreten am 24. April 1910 in Sahn.
Mitgliedskarte 41510 für Johann Georg Raum, eingetreten am 8. September 1909 in Lauf a. W.
Mitgliedskarte 74489 für Franz Schläfer, eingetreten am 13. Februar 1910 in Mannheim.

Wieder gültig ist das in Nr. 27 als gestohlen bekannt gegebene Buch Nr. 314474 für Heinrich Kasch, eingetreten am 14. September 1908 in Radeberg i. S.

Ausgeschlossen auf Grund § 7 des Statuts ist das bisherige Mitglied der Zahlstelle Braunschweig: Richard Siedentop, Buchn. 257329, eingetreten am 11. Mai 1907 in Braunschweig, das leitherige Mitglied der Zahlstelle Königsutter: Wilhelm Lindenberger, Buchn. 289656, eingetreten am 1. März 1908 in Königsutter, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stuttgart: Heinrich Kirchner, Buchn. 107905, eingetreten am 7. Oktober 1905.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Bernburg.** 1. Bevollm. Matth. Reinowski, Schillerstraße 23. Geschäftsführer Karl Spedhardt, Schulstraße 17/19.
Blankenburg a. S. Karl Dietrich, Alte Haberstädter Straße 2 c.
Friedland, Bez. Breslau. Ernst Wehner, Hochstraße 9.
Grünberg i. Schles. Adolf Abgile, Bahnhöflicher Chaussee 27.
Hedenfelden. Theodor Engelmann, per Adresse M. Siedlinger, Piraundorf, Post Raubling (Weyers).
Witten a. Ruhr. Hermann Edney, Bahnhofstraße 24.

Briefkasten.

D. Dag., Schluß. Requiescat heißt: „er ruhe“; es ist der erste Teil der Formel „Requiescat in pace“ (er ruhe in Frieden), mit der in der katholischen Kirche die Seelenmesse geschlossen wird. Im übrigen verfahren wir schon jetzt, soweit möglich, nach System Dunjche.

Der Absatz und die Preise.

Die Deutsche Druckpapierindustrie ist augenblicklich sehr gut beschäftigt. Fast das ganze Erzeugnis des Jahres 1909 ist schon abverkauft, so daß manche Fabriken neue Aufträge überhaupt nicht mehr annehmen.

Table with 3 columns: Year (1907-1910), Doppelzentner, 1000 Mt. Values range from 166,198 to 259,854.

Jahr für Jahr hat demnach die Ausfuhr von Druckpapier zugenommen, innerhalb der letzten 4 Jahre stieg sie um nicht weniger als 56 Prozent.

Wohlfahrt aus anderer Leute Taschen.

Die Papierzeitung veröffentlicht folgenden Brief, der einer Luxuspapierfabrik von einer Abnehmerfirma, einer Schreibwaren-Großhandlung, eingelangt wurde:

Hochachtungsvoll (Schreibwaren-Großhandlung in Norddeutschland.)

Die Firma will offenbar ihren Arbeitern und „Angestellten“ ihre logische Fürsorge zeigen und auf einer gemeinschaftlichen Dampfpartie das „gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter“ feiern.

Uns zwei Pfennige.

Am 26. Mai ging ein Arbeiter der Papierfabrik Cronau zur Frühstückspause nach seinem an der Fabrik liegenden Hause. Als er sich anschickte, fortzugehen, ließ er mit dem Fuß an ein kleines, laum zwei Hände großes Brettchen, er nahm dies auf und ging weiter.

Die das Brettchen auch ausgehen mag, Herr Dabrowski wird keine Fragen dabei einwerfen. Die Arbeiter der Cronauer Papierfabrik werden so leicht beglückt, daß das vorstehend geschilderte Kommenbedenken zu verstehen ist.

Unfälle.

In der Nacht vom 17. zum 18. Juni verunglückte in der Papierfabrik Fiedorow der Maschinenführer Paul Böck. Beim Vorübergehen der Vorrichtung war er im Moment des Durchgangs durch die Gießmaschine zu schliefen.

Unfälle. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni verunglückte in der Papierfabrik Fiedorow der Maschinenführer Paul Böck. Beim Vorübergehen der Vorrichtung war er im Moment des Durchgangs durch die Gießmaschine zu schliefen.

wenn's mir zu kamm wird, schmeiß ich die ganze Papiermaschine hinaus. Der Herr Betriebsleiter, der das Gegenteil vom Herrn Direktor ist, gab dem Manne dann aus seiner eigenen Tasche soviel, daß er sich helfen konnte.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Aus dem Bericht der Gewerbeinspektion Mecklenburg-Schwed.

Endlich ist auch im Land des Ostsees der Bericht der Gewerbeinspektion für das Jahr 1909 erschienen. Das alte Sprichwort: „Was lange dauert, wird gut“, wird aber an der Dürftigkeit des Berichtes zu scheitern.

Klagen über Mißstände in einzelnen gewerblichen Anlagen gelangten überwiegend durch Vermittlung der Arbeiterverbände oder durch Veröffentlichung der Presse zur Kenntnis. Die meisten betrafen meist Unterkaufsträume in Saisonbetrieben (ländlichen Ziegelmeyern), vereinzelt auch in andern Betrieben und konnten sämtlich abgestellt werden.

Wenn hier in dem Bericht gelagt wird, daß die schlechtesten Unterkunftssträume sämtlich abgestellt wurden, so trifft dies nicht zu. Wohl mögen die Besitzer im Jahre 1909 dies dem Gewerbeamt versprochen haben, aber im Jahre 1910 waren noch dieselben Schlafsträume vorhanden.

Bei dem Antritt des Gewerbeamts werden nur deshalb fremde und heimische Arbeitskräfte herangezogen, weil deren Arbeitsweise billiger ist als die heimische. Dies trifft nicht zu. Nichtig ist, daß sie herangezogen werden, weil sie billig sind.

Neuer Zusammenschluß der rheinisch-westfälischen Ziegelerbeiter.

Das Rheinisch-Westfälische Ziegelerbeiterverhältnis erreicht nach 10jährigem Bestehen am 31. Dezember sein Ende. In diesem Frühjahr schied es, als ob eine neue Vereinigung nicht möglich sei, das veraltete Verhältnisses gegen den Antritt erklärte. Eine Anzahl von Ziegelerbeitern ließ aber den Mut nicht sinken und schloß sich dem Ziegelerbeiterverband für ein neues Syndikat.

Während dem Industriebezug nur geringe Verdichtungsgrade haben, dem Schmelzpunkt nicht beizutreten, wohl aber eine Preisvereinbarung mit ihm abzuschließen.

Als dreifache Organisation bei den Ziegelerbeitern: Verkaufsvereine, Ziegelerbeiterverband und Zentralverband. Die beiden ersten Organisationen haben die Aufgabe, die Ziegelerpreise am Ort und im ganzen Bezirk hochzuhalten und noch mehr zu steigern.

Eine sonderbare Entscheidung über Schlafstätten der Ziegelerbeiter.

Das bayerische Oberlandesgericht hat kürzlich über die Beschaffung der Schlafstätten der Ziegelerbeiter eine recht eigenartige Entscheidung gefällt. Wie die „Tonindustrie-Zeitung“ berichtet, ist vor einem bayerischen Bezirksamt auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung nachstehende Bestimmung erlassen worden:

„Jedem in der Ziegerei beschäftigten Arbeiter, der nicht eine eigene Wohnung oder Schlafstätte außerhalb des Betriebes hat, ist eine eigene Lagerstätte in einem hierzu geeigneten Unterkunftsraum zur Benutzung für die Dauer der Beschäftigung zuzuwenden. Die Verwendung von Trockenställen sowie der Ofendede als Unterkunfts- und Schlafraum ist strengstens untersagt.“

Auf Grund dieser Verordnung war ein Ziegelerbeiter vom Bezirksamt aufgefordert worden, für seine Arbeiter zweckmäßige Unterkunftssträume bereitzustellen und dafür zu sorgen, daß Trockenställe oder die Ofendede nicht als Unterkunfts- oder Schlafräume benutzt werden. Dieser Aufforderung kam der Unternehmer nicht nach.

Diese Anweisung der karen Bestimmungen der Gewerbeordnung kann nur ein allgemeines Kopfschütteln erregen. Wenn das Oberlandesgericht ausgeprochen hat, daß der Paragraph 120a der Gewerbeordnung nur von der Einrichtung der Arbeitsräume bezieht, so hat es sich in Gegensatz zu dem preussischen Erlaß vom 13. Februar 1900 (R.-M. S. 127) gestellt, wonach zu den Arbeitsräumen nicht nur Räume, welche ausschließlich den Arbeiten dienen, gehören, sondern alle Räume, in denen die Arbeiter ihres Berufs wegen verkehren oder sich aufhalten.

Von der Sicherheit der Döhne gab kürzlich eine Gewerbegerichtsentscheidung in Hannover ein höchstes Bild.

17 Arbeiter klagten gegen die Vereinigten Döhnen- und Ziegelwerke Lübbecke auf nicht erhaltenen Lohn für mehrere Wochen, jeder auf ca. 41 Mt. Der Ziegelermeister Müller, der früher immer pünktlich gezahlt hatte, hielt einmal die Gelder ein. Und nun trat die bekannte Salamiaktion ein. Der Ziegelermeister hatte nichts, während verlohnter sich nicht und die Ziegelermeister wertete sich für ihren Mittelmann aufzukommen.